

Das Entscheidende

Informationen aus dem Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht

Dezember 2019

Inhalt

1. Neuregelungen für Paketboten und Pflegekräfte
 2. Mindestvergütung bei Auszubildenden
 3. Wiedereinführung der Meisterpflicht
 4. Austauschprämie für alte Ölheizungen
 5. Arbeitnehmer-Entsendegesetz – Bauherrenhaftung
 6. Hausratversicherung – Unmittelbarkeit zwischen Naturgewalt und dem Schadenseintritt
 7. Kündigung einer Versicherung auch ohne Bestätigung
 8. Trockenmauer ist keine Grundstückseinfriedung
 9. Dieselskandal – Anspruch auf Rückgabe des Fahrzeugs
 10. Sonntagsverkauf von Backwaren in Bäckereifilialen
 11. Verbot von Einweg-Plastiktüten
- Aktuelle Veranstaltungen / Aktuelle Kanzlei-News
Kurz notiert / Impressum

1. Neuregelungen für Paketboten und Pflegekräfte

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 8.11.2019 neben anderen Gesetzen und Gesetzesänderungen auch dem Paketboten-Schutzgesetz und dem Gesetz für bessere Pflegelöhne zugestimmt.

- ▶ **Paketboten-Schutzgesetz:** Das Gesetz führt in der Versandbranche die sog. Nachunternehmerhaftung ein. Wer einen Auftrag annimmt und an einen Nachunternehmer weiter vergibt, haftet für die Sozialversicherungsbeiträge, die sein Subunternehmer abführen muss, wie ein Bürge gesamtschuldnerisch (Nachunternehmerhaftung).
Ausnahme Speditionsunternehmen: Sie werden von der Nachunternehmerhaftung ausgenommen, da bei ihnen die finanzielle Leistungsfähigkeit aufgrund anderer Bestimmungen gewährleistet ist.

Für die Generalunternehmer besteht die Möglichkeit sich von der Haftung befreien zu lassen, indem sie von den Nachunternehmern eine Unbedenklichkeitsbescheinigung fordern. Diese werden von Krankenkassen und Berufsgenossenschaften ausgestellt und bescheinigen, dass der Nachunternehmer die Sozialbeiträge bis dahin ordnungsgemäß abgeführt hat.

Ausdrücklich in den Anwendungsbereich der Haftung aufgenommen wurde die stationäre Bearbeitung von Paketen (Sortieren von Paketen für den weiteren Versand in Verteilzentren). Diese erfolgt regelmäßig durch Beschäftigte von Subunternehmen.

- ▶ **Gesetz für bessere Pflegelöhne:** Das Gesetz öffnet zwei Wege, um zu höheren Pflegelöhnen zu kommen. Die Tarifpartner schließen einen flächendeckenden Tarifvertrag ab, den das Bundesarbeitsministerium auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Pflege erstreckt. Damit würden die ausgehandelten Tariflöhne für die ganze Branche gelten. Zur Wahrung des kirchlichen Selbstbestimmungsrechts müssen vor Abschluss des Tarifvertrags die kirchlichen Pflegelohn-Kommissionen angehört werden. Als zweite Möglichkeit sieht das Gesetz vor, über höhere Lohnuntergrenzen die Bezahlung in der Pflege insgesamt anzuheben. Der allgemeine Pflegemindestlohn gilt noch bis zum 30.4.2020. Er beträgt derzeit 11,05 €/Std. in Westdeutschland und 10,55 €/Std. in Ostdeutschland.

2. Mindestvergütung bei Auszubildenden

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung verfolgt die Bundesregierung u. a. das Ziel, die duale berufliche Bildung in Deutschland zu modernisieren und zu stärken. Der Gesetzesentwurf sieht verschiedene Maßnahmen vor, um diese Ziele zu erreichen. Im Entwurf ist auch eine Mindestvergütung für Auszubildende enthalten.

Ab 1.1.2020 soll eine Mindestvergütung für Auszubildende gelten, die außerhalb der Tarifbindung liegen. 2020 beträgt die Vergütung im ersten Ausbildungsjahr 515 €/Monat. 2021 erhöht sie sich auf 550 €, 2022 auf 585 € und 2023 auf 620 €.

Im weiteren Verlauf der Ausbildung steigt die Mindestvergütung: um 18 % im zweiten Jahr, um 35 % im dritten und um 40 % im vierten Ausbildungsjahr.

3. Wiedereinführung der Meisterpflicht

Ein von der Koalition vorgelegter Gesetzesentwurf sieht vor, dass in zwölf derzeit zulassungsfreien Handwerksberufen künftig wieder die Meisterpflicht eingeführt werden soll.

Im Einzelnen handelt es sich um die Berufe Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Beton-stein- und Terrazzohersteller, Estrichleger, Behälter- und Apparatebauer, Parkettleger, Rollladen- und Sonnenschutztechniker, Drechsler und Holzspielzeugmacher, Böttcher, Glasveredler, Schilder- und Lichtreklamehersteller, Raumausstatter sowie Orgel- und Harmoniumbauer.

Diese Berufe zählen zu 53 Handwerken, für die 2004 die Meisterpflicht abgeschafft worden war, mit dem Hintergrund das Handwerk in der seinerzeitigen wirtschaftlich angespannten Lage zu stärken und um Impulse für Unternehmensgründungen zu geben.

4. Austauschprämie für alte Ölheizungen

Ölheizkessel sollen ab 2026 grundsätzlich nicht mehr eingebaut werden dürfen. Als Anreiz zum Austausch alter Ölheizungen durch ein klimafreundliches Modell soll eine attraktive Prämie locken. Das hat das Bundeskabinett mit dem Gebäudeenergiegesetz beschlossen. So soll eine Austauschprämie von etwa 40% für eine alte Ölheizung gegen ein klimaschonenderes Modell zusätzlich dem Klimaschutz dienen. Ferner sollen alte Ölheizkessel ab 2026 nur noch stark eingeschränkt genehmigt werden. Dies wäre z.B. dann der Fall, wenn das Gebäude nicht auf andere Weise – etwa mit Fernwärme oder mit erneuerbaren Energien – beheizt werden kann.

Dieses Gesetz soll ein neues, einheitliches, aufeinander abgestimmtes Regelwerk für die energetischen Anforderungen an Neubauten, Bestandsgebäude und an den Einsatz erneuerbarer Energien zu ihrer Wärme- und Kälteversorgung bieten.

5. Arbeitnehmer-Entsendegesetz – Bauherrenhaftung

Nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz haftet ein Unternehmer, der einen anderen Unternehmer mit der Erbringung von Werk- oder Dienstleistungen beauftragt, für dessen Verpflichtung zur Zahlung des Mindestentgelts an seine Arbeitnehmer wie ein Bürge, der auf die Einrede der Vorausklage verzichtet hat. Dieser Haftung unterliegen allerdings nicht Unternehmer, die lediglich als bloße Bauherren eine Bauleistung in Auftrag geben.

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hatte in einem Fall zu entscheiden, in dem ein Bauherr auf einem ihm gehörenden Grundstück ein Einkaufszentrum errichten ließ, das er verwaltete und in dem er Geschäftsräume an Dritte vermietete. Für den Bau des Gebäudes beauftragte er einen Generalunternehmer, der mehrere Subunternehmer einschaltete. Bei einem dieser Subunternehmer war ein Arbeitnehmer als Bauhelfer beschäftigt. Dieser Subunternehmer blieb ihm – trotz rechtskräftiger Verurteilung in einem Arbeitsgerichtsprozess – Lohn schuldig. Über das Vermögen des Generalunternehmers wurde zwischenzeitlich das Insolvenzverfahren eröffnet.

Der Arbeitnehmer hatte deshalb wegen des ihm für seine Arbeit auf der Baustelle des Einkaufszentrums noch zustehenden Nettolohns den Bauherrn in Anspruch genommen und gemeint, auch dieser hafte nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz als Unternehmer für die Lohnschulden eines Subunternehmers.

Die Richter des BAG entschieden mit Urteil vom 16.10.2019, dass der Erbauer des Einkaufszentrums als bloßer Bauherr nicht der Bürgenhaftung des Unternehmers nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz unterliegt.

6. Hausratversicherung – Unmittelbarkeit zwischen Naturgewalt und dem Schadenseintritt

Die in der Hausratversicherung geforderte Unmittelbarkeit zwischen einer Naturgewalt und dem Schadenseintritt ist nicht gegeben, wenn es durch Wassereintritt zu Schimmelbildung kommt, der wiederum eingelagerte Gegenstände beschädigt.

In einem vom Oberlandesgericht Dresden (OLG) entschiedenen Fall meldete ein Hausbesitzer seiner Hausratversicherung, dass es im Keller zwischen Mai und Herbst einen Überschwemmungsschaden gegeben hatte. Nach Wasseransammlungen auf dem Grundstück gelangte Wasser über einen Riss in der Hausaußenhaut in den Keller. Dadurch kam es zu einer erhöhten Feuchtigkeit im Keller. Es bildete sich Schimmel, was zu einer Beschädigung von im Keller aufbewahrten Gegenständen führte. Die Versicherung lehnte die Schadensregelung ab, da es an der Unmittelbarkeit der Naturgewalt und dem Eintritt des Schadens fehlte. Die OLG-Richter entschieden zugunsten der Versicherung.

7. Kündigung einer Versicherung auch ohne Bestätigung

Die Richter des Oberlandesgerichts Braunschweig (OLG) kamen in ihrem Hinweisbeschluss vom 2.9.2019 zu der Entscheidung, dass ein Versicherungsvertrag auch beendet ist, wenn die Versicherungsgesellschaft die Kündigung des Versicherungsnehmers nicht bestätigt hat.

Diesem Beschluss lag folgender Sachverhalt zugrunde: Die Versicherungsnehmerin hatte bei einer Versicherung eine Kfz-Haftpflicht- und Vollkaskoversicherung abgeschlossen. Weil ihr Fahrzeug im März 2016 bei einem Verkehrsunfall beschädigt worden war, wollte sie von der Versicherung Ersatz, obwohl sie selbst den Versicherungsvertrag anderthalb Jahre zuvor gekündigt hatte.

Das OLG wies darauf hin, dass die Versicherungsgesellschaft die Zahlung zu Recht abgelehnt hatte. Der Versicherungsvertrag war aufgrund der Kündigung der Klägerin wirksam beendet worden. Die Versicherungsgesellschaft hatte weder gegenüber der Versicherungsnehmerin bestätigen müssen, dass sie die Kündigung erhalten hatte, noch dass sie diese als wirksam anerkannte. Wenn die Versicherungsnehmerin Zweifel hieran gehabt hätte, hätte sie selbst bei der Versicherung nachfragen müssen.

8. Trockenmauer ist keine Grundstückseinfriedung

Über den nachfolgenden Sachverhalt hatte das Oberlandesgericht Dresden im Januar 2018 zu entscheiden: Hoch über einem Wanderweg lag ein Grundstück. Eine Seite des Grundstücks lag an einer Felskante. An dieser befand sich bis zur Höhe des Grundstücks eine Trockenmauer und auf dieser wiederum ein Holzzaun. Dadurch, dass sich die Trockenmauer absenkte fielen einzelne Steine und Felsbrocken auf den Wanderweg. Hiergegen nahm der Eigentümer Sicherungsmaßnahmen vor. Die entstandenen Kosten von ca. 13.000€ verlangte er von seiner Wohngebäudeversicherung erstattet.

Als Grundstückseinfriedung im Sinne der Wohngebäudeversicherung zählen nur solche Grenzeinrichtungen, die an oder auf der Grundstücksgrenze stehen und dazu bestimmt sind, das Grundstück gegen störende Einwirkungen abzusichern. Eine Trockenmauer, die ausschließlich Stützfunktion hat, ist hiervon nach Auffassung des OLG nicht umfasst. Der Eigentümer bekam daher die Kosten von der Versicherung nicht erstattet.

9. Dieselskandal – Anspruch auf Rückgabe des Fahrzeugs

In einem vom Oberlandesgericht Oldenburg (OLG) am 21.10.2019 entschiedenen Fall hatte ein Autokäufer vor dem Bekanntwerden des „Abgasskandals“ einen gebrauchten VW Tiguan bei einem Händler für 24.400€ erworben. In dem Fahrzeug war der Dieselmotor EA 189 eingebaut.

Etwa eineinhalb Jahre nach dem Kauf wurde ein von der VW-AG entwickeltes Software-Update aufgespielt, weil das Kraftfahrtbundesamt ohne dieses Update die Stilllegung des Fahrzeugs angeordnet hätte.

Die OLG-Richter kamen zu dem Entschluss, dass das Inverkehrbringen eines Fahrzeugs mit dem genannten Motor eine vorsätzliche sittenwidrige Schädigung darstellte, sodass dem Käufer ein Schadensersatzanspruch gegen die VW-AG zusteht. Er kann daher das Fahrzeug zurückgeben und den Kaufpreis zurückverlangen.

Allerdings muss er sich die sog. „Nutzungsvorteile“ anrechnen lassen, das heißt, dass für jeden gefahrenen Kilometer ein Abzug erfolgt. Da der Käufer ca. 100.000 km mit dem Fahrzeug zurückgelegt hatte, musste er sich einen Abzug von ca. 9.000€ anrechnen lassen. Diesen Abzug hatten die Richter unter Zugrundelegung einer geschätzten Gesamtleistung des Tiguan von 300.000 km errechnet.

10. Sonntagsverkauf von Backwaren in Bäckereifilialen

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 17.10.2019 entschieden, dass der Verkauf von Backwaren in Bäckereifilialen mit Cafébetrieb an Sonntagen auch außerhalb der Ladenschlusszeiten zulässig ist.

Bei diesen Filialen handelt es sich nach Auffassung der BGH-Richter um Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes, weil die Bäckerei dort auch Cafés betreibt, in denen sie Getränke und Speisen zum Verzehr an Ort und Stelle anbietet.

Der Anwendung des Gaststättenrechts steht nicht entgegen, dass die Bäckerei innerhalb desselben Raums neben einem Café eine Bäckerei-Verkaufsstelle betreibt. Desgleichen kommt es nicht darauf an, dass sie die Speisen und Getränke im Café zur Selbstbedienung bereitstellt.

11. Verbot von Einweg-Plastiktüten

Das Bundeskabinett hatte eine Änderung des Verpackungsgesetzes beschlossen. Dieser Änderung stimmte auch der Bundesrat am 8.11.2019 zu.

Künftig ist es für alle Händler verboten, leichte Plastiktüten in Verkehr zu bringen. Davon ausgenommen sind die sehr dünnen sog. „Hemdchenbeutel“. Für diese Beutel mit weniger als 15 Mikrometer Wandstärke sieht die entsprechende EU-Richtlinie Ausnahmen vor, da sie dem hygienischen Umgang mit gekauftem Obst oder Gemüse dienen und der Verschwendung von Lebensmitteln vorbeugen.

Aktuelle Veranstaltungen

Mittwoch, 20.11.2019 / 18:00 Uhr / HKF Beratergruppe, Siegburger Strasse 39b, 53757 Sankt Augustin-Menden

Die DSGVO Ein Jahr danach, Erfahrungen und Ausblick

Referent: Herr Dr. Ralf Schadowski, Geschäftsführer der ADDAG GmbH & Co. KG

In den Medien hatte man im Mai 2018 das Gefühl, vor lauter Datenschutzmeldungen und -warnungen „geht die Welt unter“. Ein Jahr nach der DSGVO: Ist das alles nur „heiße Luft“ gewesen? Der Referent ist erfahrener Datenschutzbeauftragter und berichtet interaktiv und medial zu Erfahrungen aus seinem Alltag, gibt praxisnahe pragmatische Tipps, was jedes Unternehmen zur Existenzsicherung auch ohne Datenschutzdruck mindestens umgesetzt haben sollte mit Checkliste für den eigenen Betrieb.

Mittwoch, 04.12.2019 / 18:00 Uhr / HKF Beratergruppe, Siegburger Strasse 39b, 53757 Sankt Augustin-Menden

Berliner Testament – ganz einfach, oder?

Referent: Herr Rechtsanwalt Dr. Norbert Gierlach, EHM

Das weit verbreitete, klassische Ehegattentestament mit dem überlebenden Ehegatten als Alleinerben und den gemeinsamen Kindern als Schlusserben nach dem Letztversterbenden – früher auch Berliner Testament genannt – ist tatsächlich Ausgangspunkt der meisten gerichtlichen Verfahren, weil häufig viele sich nach dem Tode der Eltern ergebende Umstände in dem Testament nicht bedacht wurden.

Ein intelligent gemachtes Ehegattentestament vermeidet typische Konflikte, nicht gewünschte Folgen und damit Streit in der Familie.

Jahressteuergesetz 2019

Referent: Herr Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Berndhard Kurka, HKF

Der Vortrag geht auf die wichtigsten Neuerungen aus den Rechtsprechungen und Verwaltung ein, die für 2019 und die Zukunft relevant sind.



Dr. Norbert Gierlach

Rechtsanwalt

Fachanwalt für Erbrecht

Fachanwalt für Familienrecht

Tel.: +49 228 62092-33

E-Mail: gierlach@ehm-kanzlei.de

Aktuelle Kanzlei-News

Ist der Rechtsstaat in Gefahr – oder wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen Exekutive und Judikative?

Herr Rechtsanwalt Wolfgang Albers, Polizeipräsident a.D. wird zu diesem Thema am Donnerstag, den 28.11.2019 um 19:00 Uhr in den Räumen unserer Kanzlei in der Friedrich-Breuer-Straße 112, 53225 Bonn ein Impulsreferat im Rahmen eines Get-Together des Jura Bonn Alumni e.V. halten.

Fragen des rechtsstaatlichen Handelns von Politik und Verwaltung haben Herrn Kollegen Albers als Juristen, als Verwaltungsbeamten und Polizeipräsidenten aber auch als Rechtsanwalt und Politiker sein berufliches Leben lang begleitet. Die drei Gewalten, die Legislative, die Exekutive und Judikative haben verfassungsrechtlich und politisch abgegrenzte Zuständigkeits – und Aufgabenbereiche. Das Spannungsverhältnis zwischen Exekutive und Judikative führt naturgemäß immer wieder zu Konflikten ist aber auch ein solches, das für unseren Rechtsstaat essenziell und existenziell ist. Diese Konflikte sind notwendig und heilsam, wenn sie das Prinzip nicht infrage stellen. Die rechtswidrige Abschiebung des mutmaßlichen Leibwächters von Osama bin Laden, die Nichtbefolgung von Urteilen im Zusammenhang mit Fahrverboten für Dieselfahrzeuge und die Räumung des Hambacher Forstes sind nur einige Beispiele, die es lohnen, sich dieses Prinzip noch einmal vor Augen zu führen.

Im Anschluss besteht bei Getränken und Häppchen Gelegenheit zum Austausch zwischen den Mitgliedern in geselliger Runde. Teilnehmen können alle Mitglieder des Jura Bonn Alumni e.V. Auch Nichtmitglieder, die sich für die Arbeit des Vereins und den Vortrag interessieren, sind herzlich willkommen.

Um vorige Anmeldung unter info@jurabonnalumni.de wird gebeten.



Wolfgang Albers

Rechtsanwalt

Polizeipräsident a.D.

Tel.: +49 228 62092-38

E-Mail: albers@ehm-kanzlei.de

Aktuelle Kanzlei-News

Frau Rechtsanwältin Petra Paul wechselte zu Eimer Heuschmid Mehle

Wir freuen uns, dass Frau Rechtsanwältin Petra Paul unsere Kanzlei auf dem Gebiet des Familienrechts seit dem 01.09.2019 verstärkt. Frau Kollegin Paul verfügt über eine langjährige Erfahrung im Bereich des Familienrechts und des Zwangsversteigerungsrechts. Sie ist Fachanwältin für Familienrecht, so dass wir nun sieben Fachanwälte für Familienrecht in unserer Kanzlei haben. Damit verfügen wir über das mit Abstand größte familienrechtlichen Dezernat im hiesigen Bereich.

Mit Frau Kollegin Paul stößt eine hochkompetente, spezialisierte und erfahrene Rechtsanwältin zu unserem Team. Frau Kollegin Paul war bis zu ihrem Wechsel zu Eimer Heuschmid Mehle lange Jahre als Fachanwältin für Familienrecht in einer Bonner Kanzlei tätig. Sie verfügt im Familienrecht nicht nur über besondere theoretische Kenntnisse sondern auch über eine langjährige Erfahrung. Da Frau Kollegin Paul auch eine besondere Expertise im Zwangsversteigerungsrecht und hier insbesondere in Teilungsversteigerungsverfahren hat, ist dies eine hervorragende Ergänzung in unserem familienrechtlichen Dezernat.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Frau Rechtsanwältin Paul. Sie ist auch bei uns überwiegend im Ehe- und Familienrecht tätig und begleitet dort die Mandanten in Trennungs- und Scheidungsangelegenheiten sowie im Güter- und Unterhaltsrecht. Darüber hinaus steht Frau Paul unseren Mandanten auch im Zwangsversteigerungsrecht und bei Teilungsversteigerungsverfahren mit Rat und Tat zur Seite.



Petra Paul
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Familienrecht
Tel.: +49 228 62092-33
E-Mail: paul@ehm-kanzlei.de

Kurz notiert

Basiszinssatz (§ 247 Abs. 1 BGB):

seit 1.7.2016 = -0,88 %;

1.1.2015 – 30.6.2016 = -0,83 %;

1.7.2014 – 31.12.2014 = -0,73 %

Ältere Basiszinssätze finden Sie im Internet unter: www.bundesbank.de und dort unter „Basiszinssatz“.

Verzugszinssatz (§ 288 BGB seit 1.1.2002):

Rechtsgeschäfte mit Verbrauchern: Basiszinssatz +5 Prozentpunkte;

Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern

(abgeschlossen bis 28.7.2014): Basiszinssatz +8 Prozentpunkte;

Rechtsgeschäfte mit Nichtverbrauchern

(abgeschlossen ab 29.7.2014): Basiszinssatz +9 Prozentpunkte;

zzgl. 40 € Pauschale

Verbraucherpreisindex (2015 = 100):

2019: Oktober = 106,1; September = 106,0; August = 106,0;

Juli = 106,2; Juni = 105,7; Mai = 105,4; April 105,2; März = 104,2;

Februar = 103,8; Januar = 103,4

Bitte beachten Sie, dass ab Januar der Index von 2010 = 100 auf 2015 = 100 geändert wurde!

Ältere Verbraucherpreisindizes finden Sie im Internet unter: www.destatis.de – Zahlen und Fakten – Konjunkturindikatoren

Bitte beachten Sie, dass dieses Informationsschreiben eine individuelle Beratung nicht ersetzen kann! Eventuelle Änderungen, die nach Ausarbeitung dieses Schreibens erfolgen, werden erst in der nächsten Ausgabe berücksichtigt. Trotz sorgfältiger und gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge übernehmen wir keine Haftung für den Inhalt.

**Besten Dank für das uns im Jahr 2019 entgegen gebrachte Vertrauen,
frohe Weihnachten und ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr!**

Impressum

Eimer Heuschmid Mehle
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB
Friedrich-Breuer-Straße 104-112
53225 Bonn
Telefon +49 228 62092-0
Fax +49 228 460708
eimer@ehm-kanzlei.de
www.ehm-kanzlei.de